

# Rezensionen

## Sammelrezension

Quinn Slobodian: *Globalisten – Das Ende der Imperien und die Geburt des Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp 2019, 523 Seiten

Adom Getachew: *Worldmaking after Empire. The Rise and Fall of Self-Determination*. Princeton, NJ: Princeton University Press 2019, 271 Seiten (<https://doi.org/10.1515/9780691184340>)

Prägende Ideen des 20. Jahrhunderts wie Globalismus, Neoliberalismus, Dekolonisierung und Nationalismus erfreuen sich zunehmender Beliebtheit unter Geistes- und Sozialwissenschaftler\*innen, die so die bewegte Gegenwart zu erklären versuchen. Zwei neuere Bücher über neoliberale Globalisten und antikoloniale Nationalisten versprechen zusätzliche Erkenntnisse über das politisch-ökonomische Geschehen des 20. Jahrhunderts. Die als *Globalists* (2018) erschienene Originalausgabe sorgte in den USA für Debatten, weil sich der dort lehrende kanadische Historiker *Quinn Slobodian* an die Neufassung der Entstehungsgeschichte des Neoliberalismus wagte. Die in Chicago lehrende Politikwissenschaftlerin *Adom Getachew* hingegen widmet ihr Buch einer Ideengeschichte der Dekolonisierung und dem Erbe des transnationalen Panafricanismus. Da die Bücher den gleichen Zeitraum behandeln und Imperialismus zum Gegenstand haben, ergeben sich äußerst spannende Parallelen, die aus jeweils unterschiedlicher Perspektive thematisiert werden.

Unter Kritiker\*innen gilt, dass der Neoliberalismus die „Philosophie einer Herrschaft der Marktkräfte“ (8) verfolgt und dass die Neoliberalen den Kapitalismus des freien Marktes mit der Demokratie verschmolzen und von einem grenzenlosen Weltmarkt geträumt hätten. Slobodian widerspricht diesen Annahmen und argumentiert, im Mittelpunkt der neoliberalen Agenda habe die Gestaltung von Institutionen gestanden. Ihr Ziel sei es gewesen, Märkte zu „ummanteln“ (8) und sie so gegen „die von der Demokratie ausgehende Bedrohung“ (9) zu isolieren. Sie hätten die Welt „neu ordnen“ (9) wollen. Überhaupt sei das Denken in Ordnungen mit dem Fall des Osmanischen und des Habsburger Reiches (1930er Jahre) und der Dekolonisierung (1960er Jahre) ein wichtiges Merkmal der Neoliberalen gewesen.

Kapitel 1, „Eine Welt der Mauern“, widmet Slobodian den im Nachhinein als „neoliberal“ bezeichneten Denkern im Wien der 1920er Jahre Ludwig von Mises, Gottfried Haberler, Wilhelm Röpke, Lionel Robbins, und Friedrich von Hayek sowie den Institutionen, in denen sie ihre Ideen entwickelten: der Internationale Handelskammer in Paris und dem Völkerbund. Der Erste Weltkrieg stellte eine Bruchstelle im neoliberalen Narrativ des 20. Jahrhunderts dar, weil Nationalstaaten sich dem „Kriegssozialismus“ (45) zuwandten. Somit waren die Männer nach 1918 damit beschäftigt, das Gleichgewicht zwischen der Öffentlichkeit des Staates und der Privatheit von Eigentum und Vertragsangelegenheiten wiederherzustellen. Mises und Haberler waren überzeugt, dass eine Demolierung des bestehenden Systems für den Wiederaufbau notwendig

sei, wobei Haberler den Nationalstaat als „Behälter für die Arbeitskraft“ (80) erhalten wollte. Die Grenzen sollten für Güter, nicht für Menschen fallen.

Wie der Neoliberalismus aus Projekten zur Beobachtung der Welt, der internationalen Konjunkturforschung und der Sammlung globaler Statistiken entstand, zeigt Kapitel 2, „Eine Welt der Zahlen“, auf. Die Sammlung globaler Statistiken wurde allerdings Ende der 1930er Jahre wieder aufgegeben. Hayek stand der Statistik skeptisch gegenüber. Eine Konzentration auf Zahlen weckte für ihn den Irrglauben, dass die Weltwirtschaft durch Wissenschaft krisenfest gemacht werden könne. Er warf Ökonomen vor, die reale Welt mit Modellen zu verwechseln. Diese Skepsis gegenüber Zahlenwerken führte im Wien der 1930er Jahre dazu, dass sich die Neoliberalen ordnungspolitischem Denken zuwandten, um funktionierende Märkte zu gewährleisten.

In Kapitel 3, „Eine Welt der Föderationen“, erläutert Slobodian, wie der Neoliberalismus aus einer Kritik der nationalen Souveränität heraus entstand. Die Neoliberalen, so der Autor, betrachteten den Nationalstaat als Übergangslösung, da er keinen dauerhaft stabilen Anspruch auf Territorien erheben könne und das Gleichgewicht zwischen den wirtschaftlichen und politischen Sphären störe. Um wirtschaftliche Macht in eine „Herrschaft über Dinge“ und politische Macht in „Herrschaft über Menschen“ (168) umgestalten zu können, schwebte ihnen – allen voran Röpke – eine Weltföderation vor, in der politische Grenzen kaum wirtschaftliche Bedeutung hatten: eine geeinte Welt der wirtschaftlichen Aktivität und des Eigentums auf der einen und eine Welt der Nationen auf der anderen Seite. Diese Welt wurde im Bretton-Woods-System mit stabilen Wechselkursen, der Konvertierbarkeit von Währungen und dem Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen durch das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (*General Agreement on Tariffs and Trade* – GATT) teilweise verwirklicht.

Wie aus Kapitel 4, „Eine Welt der Rechte“, hervorgeht, bereiteten Forderungen nach sozialen und wirtschaftlichen Rechten den Neoliberalen Sorge. Sie sahen sich mit dem Problem konfrontiert, dass die Ausbreitung und Wahrnehmung von demokratischen Rechten die Prinzipien untergruben, die Politik und Wirtschaft trennten. Internationale Organisationen, die auf Basis des Prinzips „ein Land, eine Stimme“ funktionierten, sahen die Neoliberalen als „Feinde der weltwirtschaftlichen Ordnung“ an (207). Ihr Vorschlag im Jahr 1945, eine „gute“ internationale Handelsorganisation zu gründen, welche die nationale Souveränität einschränkt und Investorenrechten Vorrang gegenüber Bürgerrechten geben sollte, wurde seinerzeit als eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert belächelt. Heute ist sie Teil der Realität: Die fast 2000 aktuell gültigen, bilateralen Investitionsschutzabkommen basieren auf dem Prinzip der Gleichsetzung von Menschen- und Unternehmensrechten zu Lasten der nationalen Souveränität.

Im Kapitel 5, „Eine Welt der ‚Rassen‘“, geht es um neoliberale Positionen zu Rassismus, Imperialismus und Weltordnungsfragen. Aufgrund der sich über die Zeit verändernden Positionen der einzelnen Vertreter stellt der Autor große Ambivalenzen fest. So hatte sich beispielsweise Röpke in den 1930er Jahre klar gegen rassistische und imperialistische Positionen ausgesprochen; während der Dekolonisierungswelle der 1960er Jahre hingegen wurde sein Ton zunehmend apologetisch: Die ehemaligen Kolonien, die das Buch mit dem heute gebräuchlichen Ausdruck „Globaler Süden“ (258) bezeichnet, könnten nur auf Stabilität und relativen Wohlstand hoffen, wenn

in ihnen Verwestlichung als „Ethos, Lebensart und Geisteshaltung“ (ebd.) akzeptiert werde. Im Zentrum seines Geschichtsverständnisses stand nun die Forderung nach einem „endgültigen Sieg des westlichen Geistes“ (259). Nichtsdestotrotz, subsumiert Slobodian schließlich, „schwebte [den Neoliberalen] keine Welt der Rassen, sondern eine Welt der Regeln vor“ (ebd.). Den Autor irritiert dabei allerdings nicht, dass der selbstverständliche Ausgangspunkt für die Errichtung dieser Welt der Regeln dennoch Europa war.

Diese Regeln untersucht Kapitel 6, „Eine Welt der Verfassungen“, am Beispiel der Europäischen Integration. Die 1957 gegründete *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG) stellte für die Neoliberalen eine janusköpfige Gestalt dar. Einerseits war sie ein Beispiel für wirtschaftliche Integration auf Basis rechtlicher Strukturen. Andererseits war sie von außen betrachtet eine Festung, die wirtschaftliche Beziehungen bevorzugt mit ihren ehemaligen Kolonien unterhielt. Manche Neoliberalen sahen in der Vision der EWG ihre Erwartungen an eine supranationale föderale Ordnung erfüllt, andere die Ursache für die Fragmentierung des Weltmarkts. Präferenzielle Handelsabkommen zwischen EWG und ihren ehemaligen Kolonien deuteten letztere als eine Beeinträchtigung des Freihandelssystems. Beide Lager fanden in den Reformbemühungen der 1970er und 1980er Jahre durch das GATT wieder zueinander, indem sie eine auf Grundlage der EWG modellierten „Wirtschaftsverfassung“ (310) auf die Welt zu übertragen versuchten.

Im Kapitel 7, „Eine Welt der Signale“, zeichnet der Autor die Geschichte des neoliberalen Widerstands gegen eine Neue Weltwirtschaftsordnung (NWWO) nach: ein „Ungeheuer aus den Albträumen der Neoliberalen“ (370), das das Privateigentum verhöhne. Die NWWO setze nämlich voraus, dass man die Weltwirtschaftsstruktur und die ihr eigenen immanenten und ungleichen Machtverhältnisse nachvollziehen könne. Die Neoliberalen, insbesondere Hayek, beharrten auf der Undarstellbarkeit der Weltwirtschaft, und trieben die GATT-Reform im Sinne einer „hayekschen Weltwirtschaft der Signale“ (369) voran. In ihrer Förderung der „Umgestaltung des internationalen Rechts per Anweisung“ (370) sei die Gruppe der 77 (G77), ein loser Zusammenschluss von Staaten überwiegend aus dem Globalen Süden, für die Neoliberalen anmaßend gewesen. Anstelle der NWWO boten diese die Vision einer Isonomie an: ein einziges Gesetz für die Weltwirtschaft, das keinen Unterschied zwischen historisch ärmeren oder reicheren Länder mache.

Mit *Globalisten* legt Slobodian eine umfassende Geschichte des Neoliberalismus vor. Streckenweise sind die Grundannahmen problematisch, weil er zentralen Aspekten, etwa Rassismus und Kolonialismus, als strukturierende Elemente der Internationalen Ordnung zu wenig Bedeutung beimisst. Diese Schwachstellen, die bei Getachew teilweise aufgefangen werden, kommen überraschend für einen über fünfhundert seitigen Band mit dem Untertitel „Das Ende der Imperien...“. Bei Slobodian sterben die Imperien eines natürlichen Todes. Bei Getachew bekommen sie jahrzehntelange „aktive Sterbehilfe“. Allein deshalb lohnt die gemeinsame Lektüre.

Während die globale Ausbreitung des Nationalstaates im 20. Jahrhundert von den Neoliberalen als Unordnung aufgefasst wurde, sahen die antikolonialen Nationalisten

des *Black Atlantic* darin eine Chance, Selbstbestimmung in der internationalen Ordnung zu verankern und einen Vorschlag zur Überwindung von Imperialismus im Staatensystem zu machen. Sie argumentierten, das Fehlen von Institutionen, die ein internationales Prinzip der Nichtbeherrschung garantierten, mache ihre Innenpolitik anfällig für auswärtige Interventionen. Für diese Denker stand das Prinzip der Selbstbestimmung an der Schnittstelle von Nationenbildung und Weltgestaltung (*Worldmaking*). Dieses Prinzip begründete ihre Forderung nach einer radikalen Neukonstituierung der internationalen Ordnung.

Adom Getachew verwirft das Narrativ, nach der der Übergang vom Imperialismus in ein nationalstaatliches System unvermeidlich war. Die drei Jahrzehnte der Dekolonisierung seit 1945 sind für sie ein Versuch, die Weltgesellschaft nicht nur zu erweitern, sondern völlig neu zu gestalten. Auf dem politischen Denken von Nnamdi Azikiwe, W.E.B. Du Bois, Michael Manley, Kwame Nkrumah, Julius Nyerere, George Padmore und Eric Williams aufbauend, rekonstruiert sie deren antikolonialen Nationalismus als ein Weltgestaltungprojekt mit ähnlichem Umfang wie das Projekt der Neoliberalen. Zu den wichtigsten Säulen gehörten die Institutionalisierung der Selbstbestimmung bei den Vereinten Nationen (UN), die Bildung regionaler Föderationen und die Forderung nach einer NWWO, der ehrgeizigsten Vision globaler Umverteilung im 20. Jahrhundert. Diese Säulen unterstützen das übergeordnete Ziel, die rechtlichen und materiellen Manifestationen der „ungleichen Integration“ (58) in die Weltwirtschaft und der „belasteten Mitgliedschaft“ (57) in der Weltgesellschaft zu überwinden.

Kapitel 1, „Eine politische Theorie der Dekolonisation“, zeichnet die Dekolonisierung und die Art und Weise nach, wie antikoloniale Nationalisten den Imperialismus rahmten. Diese Nationalisten drängten nämlich (a) auf eine erweiterte Darstellung von Imperialismus, (b) auf ein Überdenken des antikolonialen Nationalismus und (c) auf die Konzeptualisierung eines postkolonialen Kosmopolitismus. Getachew rekonstruiert den Imperialismus als einen Prozess der ungleichen Integration, der im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert zunehmend rassifiziert wurde. Vor diesem Hintergrund plädiert sie dafür, dem vermeintlichen Parochialismus des antikolonialen Nationalismus beiseite zu lassen und sich seinen Fragen und Widersprüchen im politischen Kontext seiner Zeit zuzuwenden. Nur so könnten die konzeptionellen und politischen Innovationen der antikolonialen Weltgestaltung, nämlich eine anti-imperiale normative Ausrichtung der internationalen Gesellschaft, erkannt werden.

Wie der zunehmend anerkannte Rassismus der Völkerbund-Gründerväter Woodrow Wilson und Jan Smuts „Selbstbestimmung imperialismuskonform machte“ (41), untersucht Kapitel 2, „Das Gegenrevolutionäre Moment: Die Aufrechterhaltung rassistischer Hierarchien im Völkerbund“. Indem Wilson und Smuts dieselbe Logik anwandten, welche der Segregation in den USA bzw. der Apartheid in Südafrika zugrunde gelegt wurde, um das revolutionäre Konzept mit der imperialen Herrschaft im internationalen Maßstab kompatibel zu machen, verewigten sie rassistische Hierarchien innerhalb der Institution. Dies erlaubte ihnen, Äthiopien und Liberia (mit mehr Pflichten als Rechten) in den Bund aufzunehmen. Beide Staaten wurden aber der Sklaverei bezichtigt und als barbarisch gegenüber einem „abolitionistischen“

Völkerbund konstruiert. Treuhänderschaft und Mandatssystem ermöglichten dem Völkerbund schließlich, sie zu beherrschen.

Die politischen und theoretischen Implikationen der Umwandlung eines sekundären Prinzips der UN-Charta in ein Menschenrecht rekonstruiert Kapitel 3, „Vom Prinzip zum Recht: Die antikoniale Neuerfindung der Selbstbestimmung“: Antikoniale Nationalisten hätten Imperialismus erfolgreich als Versklavung dargestellt. Das Recht auf Selbstbestimmung markiere aus ihrer Sicht den ersten Schritt zur Umgestaltung der Innen- (Antikonialismus) und der Außenpolitik (Weltgestaltung). Dies stelle einen radikalen Bruch mit dem bis dahin gültigen eurozentrischen Modell der Weltgesellschaft dar und etabliere Nichtbeherrschung als zentrales Ideal einer egalitären post-imperialen Welt. Als Beleg hebt Getachew hervor, dass die UN-Resolution 1514 über die Gewährung der Unabhängigkeit an Kolonien (1960) ohne Gegenstimmen verabschiedet wurde. Die Stimmenthaltung der neun Kolonialmächte signalisiere jedoch die Kontinuitäten des Imperialismus und Konialismus auch innerhalb der UN, was umfassendere Bemühungen zur Weltgestaltung seitens der antikonialen Nationalisten notwendig machte.

In Kapitel 4, „Die Föderalisten des Black Atlantic“, analysiert die Autorin die Projekte regionaler Föderation, die antikoniale Nationalisten als Vorsichtsmaßnahme gegen die Fragilität postkolonialer Souveränität und als Garant für Nichtbeherrschung durch internationale Organisationen, Staaten und multinationale Organisationen verfochten. Sie zeigt, dass im Gegensatz zu frankophonen Zeitgenossen wie Aime Cesairé und Leopold Senghor sowohl Nkrumah als auch Williams überraschenderweise die USA als Modell für die Überwindung des postkolonialen Dilemmas betrachteten. Nach deren Auffassung schufen Föderationen politische und wirtschaftliche Verbindungen zwischen postkolonialen Staaten, die die Abhängigkeit von ehemaligen Kolonisatoren allmählich erodieren ließen. Obwohl sie kurzlebig waren, offenbarten, so Getachew, die institutionellen Experimente innerhalb Williams' *West-Indian Federation* und Nkrumahs *Union of African States* die komplexen politischen und wirtschaftlichen Dimensionen, die international angegangen werden müssten, um Nichtbeherrschung und Selbstbestimmung zu sichern.

Kapitel 5, „Die Wohlfahrtswelt der neuen internationalen Wirtschaftsordnung“, analysiert das ehrgeizigste Weltgestaltungsprojekt aller Zeiten. Basierend auf Julius Nyereres' politischer Ökonomie der Selbstbestimmung, die aufgezeigt habe, wie ungleiche wirtschaftliche Integration postkoloniale Ökonomien verzerrte und koloniale Arbeitsteilung reproduzierte, hätten antikoniale Nationalisten postkoloniale Staaten als die Arbeiterklasse der Welt dargestellt. Sie hätten versucht, das Wohlfahrtsstaatsmodell auszuweiten, um eine „Wohlfahrtswelt“ (159) zu schaffen, die die Verhandlungsmacht stärken, die Rohstoffpreise stabilisieren und souveräne Rechte über natürliche Ressourcen einführen würde. Die Vision einer NWWO sei eine radikale Neukonzeption der souveränen Gleichheit als Forderung nach einem gerechten Anteil am Reichtum der Welt und markiere die größte Abkehr von der internationalen Rechtsordnung der Nachkriegszeit.

Für Getachew verkennt die Deutung des Zusammenbruchs der antikonialen Weltgestaltung als Zeichen für die Unzulänglichkeiten des Nationalismus dessen

weitreichenden globalen Visionen, an denen die Versprechen und Enttäuschungen der postkolonialen internationalen Ordnung heute gemessen werden können. Abgesehen von der neoliberalen Gegenreaktion auf die NWWO in den 1970er Jahren, sahen Westliche Staaten, vor allem die USA, die internationalen Institutionen als von der G77 dominiert an, was zur Folge hatte, dass ihr Engagement im Rahmen der UN vorübergehend nachließ. Diese Veränderungen, so Getachew, bereiteten die Bühne für das Wiederaufleben der internationalen Hierarchie und gaben dem amerikanischen Imperialismus neuen Schwung. Gleichzeitig förderte die Vision einer NWWO eine wachsende und bis heute anhaltende intellektuelle Auseinandersetzung mit Globaler Gerechtigkeit innerhalb der politischen Theorie.

Eric Otieno

<https://doi.org/10.3224/peripherie.v41i1.09>

Philmon Ghirmai: *Globale Neuordnung durch antikoloniale Konferenzen – Ghana und Ägypten als Zentren der afrikanischen Dekolonisation*. Bielefeld: transcript 2019, 260 Seiten (<https://doi.org/10.14361/9783839444160>)

Der Historiker Philmon Ghirmai fragt in der vorgestellten und als Buch veröffentlichten Dissertation danach, was wichtige internationale Konferenzen für die so genannte Dritte Welt erreichen konnten und ob es sich dabei um mehr handelte als um symbolische Zusammenkünfte, auf denen für die Medien diplomatische Höflichkeiten ausgetauscht wurden. Um die Epoche der Dekolonisierung mit Hilfe eines breiten Spektrums an Quellen zu beleuchten, hat er einerseits Material aus Archiven und Bibliotheken zusammengetragen, andererseits mit damaligen AkteurInnen und Zeitzeugen gesprochen und Interviews durchgeführt.

Wenig überraschend stellt auch das Buch fest, dass mit diesen Konferenzen aus mehreren Gründen nicht alle grundlegenden Probleme gelöst werden konnten. Zum einen mangelte es oft an der zwischenstaatlichen Solidarität der Teilnehmerstaaten, zum anderen standen natürlich die früheren Kolonialstaaten allen Unabhängigkeitsbestrebungen feindlich gegenüber. Doch wenn wir in die Geschichte bedeutender Organisationen zurückblicken, wurden sie häufig im Anschluss und als Konsequenz von solchen Konferenzen gegründet, beispielsweise die Afrikanische Union, die *All-African People's Conference Organisation* oder die *Afro-Asian Peoples' Solidarity Organization* (AAPSO).

*Über Konferenzen und Organisationen nach den 1950ern*: Laut dem Autor stellte die afrikanische Dekolonisierung einen Prozess dar, der sich über einen größeren Zeitraum erstreckte, als es die bekannten historischen Eckdaten verraten. Diese Prozesshaftigkeit und der Stand der damaligen politischen Debatten spiegeln sich in den Konferenzen jener Zeit, deren antikolonialer Charakter ihre geschichtliche Besonderheit begründet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg strebten afrikanische, asiatische und arabische Völker und Länder verstärkt nach Unabhängigkeit oder befanden sich zumindest auf dem Weg dorthin. Zu diesem Zeitpunkt veränderten sich deshalb die globalen Strukturen